

Im Sprachwald der Pandemie

Wie wir uns sprachlich für die nächste Krise rüsten

EVA MARIA HÖLLER-CLADDERS

Promovierte Anglistin, Beraterin für Sprache, Strategie und Kommunikation, langjährige Führungsverantwortung in internationalen Konzernen (BMW, Deutsche Bahn, Bosch) in Deutschland und den USA, Redenschreiberin in Politik und Verwaltung, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Es geht um die Sprache während der Pandemie und darum, was wir aus unserer Sprachpraxis lernen können. Zur deutschen Sprache sind während der Pandemie, je nach Zählweise, ein- bis zweitausend neue Wörter und Wortverbindungen hinzugekommen; diese Neologismen sind jedoch nicht mein Thema. Stattdessen

möchte ich darüber nachdenken, wie wir uns sprachlich für die nächste Krise rüsten können. Was heißt das?

Wir alle, ob Wissenschaftler, Politiker oder Bürger, sind handelnde Personen. Unser Handeln, im Gegensatz zum bloßen Tun, ist per definitionem auf Ziele ausgerichtet, und dieser Ziele werden wir uns durch unser Denken bewusst. Denken vollzieht sich in Sprache, das wissen wir spätestens seit Wilhelm von Humboldt: „Die Sprache ist das bildende Organ des Gedankens.“ Das heißt: Die Sprache bildet den Gedanken. Wenn sich also unser Denken und unser Handeln in Sprache vollziehen, dann liegt es nahe, auf unsere Sprache zu schauen, um unser Denken und Handeln zu beurteilen. Und um zu fragen: Was wollen wir beim nächsten Mal anders machen?

Es gibt eine Aussage aus der Anfangsphase der Pandemie, die sowohl mit Zustimmung als auch mit Hohn bedacht wurde, und zwar, dass wir einander „wahrscheinlich viel werden verzeihen müssen in ein paar Monaten“, so Bundesgesundheitsminister Jens Spahn am 22. April 2020 bei einer Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag. Mir geht es nicht um die mögliche Immunisierungsstrategie eines Politikers, die man hier vermuten könnte, sondern um die Weisheit und den sozialen Nutzen, die in diesem Satz stecken.

Der Satz erkennt an, dass wir zu Beginn der Coronakrise alle Neuland betreten, dass wir Entscheidungen treffen mussten unter Unsicherheit, in der wir die Variablen der Umwelt nicht ausreichend kannten. In dieser Situation bringt der Satz vom Verzeihen-Müssen Demut zum Ausdruck. Zugleich lädt er zum kritischen Denken ein und dazu, auch darüber nachzudenken, was uns gut gelungen sein wird. Ferner macht er bewusst, dass Ver-

zeihen ein sozialer Akt ist, der den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt. Als Leitsatz generiert er schließlich so etwas wie eine stabile Zone in uns, und diese Stabilität der inneren Haltung ist hilfreich in schwankenden Zeiten.

HERAUSFORDERUNG DER DEMOKRATIE

Warum ist bewusste, also wissentliche und willentliche, Sprachausübung in der Pandemie so essenziell? Sie ist es deshalb, weil wir mit der Pandemie ein unbekanntes Terrain betreten, das uns Angst macht: eine diffuse Angst, die nicht genau weiß, wo das Bedrohliche sitzt und wie es sich gebärdet. Um diese Angst zu bannen, brauchen wir Sprache. Sprache benennt, was ist. Indem wir es benennen, wird das Bedrohliche bereits weniger bedrohlich. In der allgemeinen Rat- und Sprachlosigkeit des Anfangs hingen wir deshalb an den Lippen der Virologen und Epidemiologen. Sie hatten uns voraus, zumindest in Maßen sprach- und aussagefähig zu sein. Ihnen oblag es, mit ihrem zunehmenden Wissen einen diffusen Themenkomplex zu erhellen und Aussagen begründungsfähig zu machen.

Die Politik bemühte sich von Anfang an, die Gesellschaft zu schützen. Welcher Redestil half uns in dieser Phase mehr: zu hören, dass wir im „Krieg“ gegen ein Virus seien (so der französische Präsident Emmanuel Macron) oder im Kampf gegen das Virus als „Plage“ (so der amerikanische Präsident Donald Trump) oder dass es darum gehe, „die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen [...] und so Zeit zu gewinnen [...], damit die Forschung ein Medikament

und einen Impfstoff entwickeln“ könne, so Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache vom 18. März 2020.

Warum entlastet uns Merkels Stil mehr als die Rhetorik des Krieges? Elisabeth Wehling gibt laut Maria Fiedler, *Tagesspiegel* vom 24. April 2020, die Antwort: weil das Framing, also der Bedeutungsrahmen der verwendeten Wörter, andere Bilder und Gedanken in uns wachruft. Wenn Präsident Macron dem Coronavirus den Krieg erklärt, so mobilisiert er Energien der Verteidigung, der Opferbereitschaft und der Verluste. Und Trumps Rede vom Virus als Plage lässt in seiner in großen Teilen christlich geprägten Wählerschaft die alttestamentarischen Plagen, die Gott schickt, nachhallen. Folglich, so die Suggestion, ist nicht allein amerikanisches Regierungshandeln, sondern eine höhere Macht mitverantwortlich für die fatale Entwicklung der Pandemie in den USA.¹

JEDES WORT ZÄHLT

Die Sprache der Bundeskanzlerin ist eine andere: Ihr Leitgedanke des Zeitgewinns klingt nach Plan, Pragmatik und Arbeitsprozess. Und sie fährt fort mit einer überraschenden Wendung: „Wir sind eine Demokratie. Wir leben nicht von Zwang, sondern von geteiltem Wissen und Mitwirkung.“ Da rahmt die Staatsfrau das Thema unserer Herausforderung durch die Epidemie als eine Herausforderung der Demokratie. Diese – das ist die implizite Botschaft – verfügt über die wesentlichen Ressourcen, die Epidemie in den Griff zu bekommen: Freiheit, Zusammenhalt, Wissen, Vertrauen in die Wissenschaften, Vernunft. Merkels Rede ist, trotz aller be-

reits beschlossenen Schließungsmaßnahmen, keine Anweisung an die Bürger, sondern ein Plädoyer, sich freiwillig der Vernunft und der guten Absicht aller Beteiligten anzuschließen. Das ist Friedrich Hegels und Immanuel Kants Geist: Freiheit als vernunftgeleitete Einsicht in die Notwendigkeit.

Merkels Sprache gibt zunächst Orientierung. Erst als die Menschen vom Lockdown erschöpft sind und die Ministerpräsidenten um ihre Sympathiewerte fürchten, versteigt sie sich dazu, sich über sogenannte „Öffnungsdiskussionsorgien“ zu mokieren. Man kreidet ihr dies rot an.

Andere Formulierungen während der Pandemie bestachen dadurch, dass sie unterkomplex waren. Ein Beispiel ist das berühmte „Wumms“. „Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen“, so Bundesfinanzminister Olaf Scholz in einer Pressekonferenz am 3. Juni 2020. Er bereicherte damit das Corona-Vokabular um ein lautmalerisches Wort, um ein sogenanntes Onomatopoetikon, und wollte damit die enorme Wirkung zum Ausdruck bringen, die das Konjunkturpaket und die Soforthilfen entfalten sollten. Man kann darüber streiten, ob er mit diesem an Comic-Sprache erinnernden, eher infantil anmutenden Wort eine Zielgruppe erreichen wollte, die an weiteren Details nicht interessiert ist, oder ob das Wort ein weitgehend inhaltsleeres lautmalerisches Ablenkungsmanöver von noch zu vielen ungeklärten Details war. Die Medien jedenfalls zitierten das Wort in den Folgetagen rauf und runter.

Die Schlüsselbedeutung *eines* Wortes scheint uns in der Pandemie abhandengekommen zu sein; dieses Wort stand ursprünglich für eine wichtige Kreativitätstechnik: Querdenken. Beim Querdenken

im ursprünglichen Sinne geht es darum, schneller Lösungen für Problemstellungen zu finden und Innovationen hervorzubringen. Wir alle, also die Mehrheit der Bürger und Medien, haben jedoch zugelassen, dass diese Bedeutung gekapert wurde und der Begriff zum Namen einer Gruppe und Etikett von Individuen wurde, die „die allgemein gültigen Verhaltensregeln zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie [...] ablehnt“.²

Ich spreche den sogenannten „Querdenkern“ nicht ihr Recht auf ihre andere Meinung ab; was ich moniere, ist, dass wir die Verzerrung des Begriffs „Querdenker“ und seine Reduzierung auf den Perspektivwechsel zugelassen haben. Denn wir werden ja die Fähigkeit des Querdenkens gerade auch in Zukunft brauchen, um auf unkonventionellen Denkwegen Lösungen für unsere Probleme zu finden, auch angesichts etwaiger zukünftiger Pandemien. Vielleicht war es ein Zeichen unserer Abstumpfung oder unserer Überforderung, dass viele von uns – inklusive zahlreicher Medien – diesem Namen auf den Leim gegangen sind. Möglicherweise war uns diese Angelegenheit nicht wichtig genug. Zu denen, die dagegenhalten, gehört das *Ärzteblatt* vom 4. April 2021 mit seiner kleinen Polemik: „Querdenken bedeutet, wenn ein Problem auf direktem Weg nicht lösbar ist, den Standpunkt zu wechseln und anschließend das Problem aus einem neuen Blickwinkel anzugehen. Die Querdenker haben [sich] zwar vom ‚Mainstream‘ abgespalten und den Blickwinkel verändert, aber nicht um das Problem Corona-Pandemie zu lösen, sondern um es zu verdrängen und zu ignorieren. [...] Aus diesem Grund sollten sich die selbsternannten Querdenker besser als Leerdenker bezeichnen.“³ Womit dann auch das Wort

„Leerdenker“ Aufnahme in das Corona-Vokabular gefunden hat.

Eine ganz andere Formulierung hat jüngst aufhorchen lassen: Am 25. November 2021 lief die sogenannte „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ aus. Haben wir richtig gehört und gelesen? Die Infiziertenzahlen steigen, während die „epidemische Lage“ ausläuft? Das inzwischen mühsam aufgeklärte Missverständnis liegt schlicht daran, dass sprachlich nicht unterschieden wurde zwischen der Gültigkeit einer Rechtsbasis und dem epidemischen Sachverhalt selbst. Ein Mangel an Unterscheidung, der fatalen Missverständnissen Vorschub leistet!

GESPANNTE ZWEIER-BEZIEHUNG: FREIHEIT UND SOLIDARITÄT

„Das Land entrüstet sich ständig über ‚Desaster‘ und ‚Versagen‘. Geht es eine Nummer kleiner?“, fragte Jasper von Altenbockum am 26. Februar 2021 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Die Frage stellt sich auch, wenn von der heutigen Jugend als verlorener Generation die Rede ist. Oder wenn im kurzen Takt sich verändernde Vorgaben zur Impfung gleich als Impfchaos beschimpft werden. Von Altenbockum moniert mit Recht, dass alles Mögliche in Windeseile zum Skandal erhoben werde, oft mithilfe von Halbwahrheiten und Übertreibungen, die kaum noch einzufangen seien.⁴ Das konnte man auch rund um die Diskussion des Impfstoffs von AstraZeneca erleben.

Überhaupt war beim Thema Impfen sprachlich richtig was los. Zum Beispiel wurde davon gesprochen, Geimpfte sollten

mehr Privilegien erhalten als nicht Geimpfte. Doch es ging ja nicht um die Zuerkennung von Vorrechten, sondern um den unterschiedlichen Zeitpunkt der Rückgabe temporär eingeschränkter Freiheitsrechte an unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft – und ferner um die Frage, ob, wer sich ohne medizinische Indikation einer Impfung verweigere, sich verantwortungslos gegenüber der Gemeinschaft verhalte. Die Antwort erfordert einen differenzierten Gedankengang. Diesem stellt sich unter anderem Sabine Döring (*Wirtschaftswoche*, 6. August 2021).⁵ Sie fragt zunächst, wie eine Solidargemeinschaft mit denjenigen umgehen solle, die zwar darauf vertrauen könnten, dass diese sie auffange, die aber selbst ihren Beitrag nicht leisteten, indem sie sich zum Beispiel nicht impfen ließen. In der Herleitung ihrer Antwort unterscheidet Döring die sogenannten Trittbrettfahrer nach den Gründen ihres Handelns: Handeln sie aus Unwissenheit? Gedankenlosigkeit? Trägheit? Leugnung? Egoismus? Entsprechend der Vielfalt der Gründe gebe es auch differenzierte Empfehlungen für den Umgang mit ihnen: „Die Unwissenden müssen wir informieren, die Gedankenlosen und Trägen mit symbolischen positiven Anreizen [...] in die richtige Spur bringen. Aber die dann noch verbliebenen Bockigen, Leugner und Egoisten sollten wir durch strafbewehrte gesetzliche Pflichten und Ausschluss aus bestimmten [...] Bereichen der Teilhabe dazu bewegen, ihre moralische Pflicht zu tun.“ Und sie begründet: Wer darauf beharre, über seinen Körper entscheiden zu dürfen, aber unterschlage, dass die von ihm angesteckten Menschen ohne sein Verhalten keine Solidarleistung erfordern würden, und wisse, dass die Solidargemeinschaft ihn trotzdem von den

Segnungen der Intensivstation nicht ausschließe, handele nicht eigenverantwortlich, sondern verantwortungslos. Sie bringt es auf den Punkt: „Jedes Leben in Gemeinschaft ist ein mühsam erarbeiteter und immer wieder neu auszutarierender Kompromiss zwischen Freiheit und Solidarität.“⁶ Und dieses Erarbeiten, füge ich hinzu, ist eine besondere sprachliche Leistung.

„VERSÖHNUNG VON WOLLEN UND SOLLEN“

Was bedeutet überhaupt Freiheit? Birte Förster und Armin Nassehi legen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. September 2021 dar, dass der Begriff Freiheit, gerade auch infolge der Pandemie, zunehmend unter die Räder komme. Über wenig werde derzeit so vereinfachend gesprochen wie über Freiheit. Freiheit werde immer häufiger für eine Art Willkür gehalten, für eine absolut verstandene Freiheit, die den Namen nur dann verdiene, wenn sie keine Grenzen und keine Einschränkungen kenne. Doch „Freiheit ist nicht Beliebigkeit, sondern lebt geradezu von der Einschränkung der bloßen [...] Willkür.“⁷ Die Autoren beziehen sich auf Immanuel Kant: Für ihn sei Willkür gerade der Gegenbegriff zu Freiheit. Aus Kants Sicht müsse Willkür „eingeschränkt werden, um Freiheit zu ermöglichen. [...] Freiheit liege erstens dann schon vor, wenn es nicht einmal eine Handlungsalternative gebe, wenn nur die Entscheidung aus Vernunftgründen erfolgt sei [...]. Deshalb ist für Kant die Pflicht mit der Freiheit kompatibel.“ Zweitens finde meine Freiheit eine Grenze in der Freiheitsmöglichkeit der anderen. Schon die Banalität der

Rechts-vor-links-Regel im Straßenverkehr zeige das. Warten zu müssen, schränke meine Freiheit nicht ein, sondern ermögliche die Freiheit aller Beteiligten. Freiheit führe so zur „Versöhnung von Wollen und Sollen“.⁸

Zum Schluss Försters und Nassehis Transfer auf das Impfthema: Die Impfung der individuellen freien Entscheidung des Einzelnen zu überlassen, sei ein hohes Gut. Dennoch werde hier die Grenze zwischen individuellem Risiko und kollektiver Gefahrenlage sichtbar. Das Pandemiegeschehen sei eben nicht einfach eine Summe individueller Erkrankungen. Infektionskrankheiten hätten schon von selbst einen sozialen Aspekt: Sie verbreiteten sich durch und mit der Interaktion von Individuen. Birgit Förster und Armin Nassehi kommen zu dem Fazit: „Könnte womöglich eine Impfpflicht Ausdruck von Freiheit sein, wenn man sie medizinisch für ‚vernünftig‘ halten würde? Zumindest für Kant wäre diese Pflicht mit der Freiheit der eigenen Entscheidung ohne Alternative kompatibel.“⁹

VORFAHRT FÜR ARGUMENTE

Wie sich aus diesen Einblicken in die Blickschneisen des pandemischen Sprachwaldes ergibt, würde es sich lohnen, *erstens* zur nächsten Krise eine bewusstere Haltung einzunehmen, um uns in einen konzentrierten, kraftvollen Modus zu versetzen; *zweitens* die Dinge präziser beim

Namen zu nennen und den Bedeutungsrahmen unserer Aussagen im Blick zu behalten; *drittens* stets aufs Neue nachzufragen und uns so vor Übertreibung und Lethargie zu schützen; und *viertens* Argumenten als Entscheidungsgrundlage Vorfahrt vor Gefühlen zu geben. Wenn uns all das gelingt, sollten wir für die nächste Krise zumindest sprachlich gut gerüstet sein.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte und gekürzte Zusammenfassung eines am 14.09.2021 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung gehaltenen Vortrags der Autorin.

¹ Vgl. Maria Fiedler: „Die Worte der Krise und wie sie wirken: Das Virus ist eine ‚Plage‘, der Kampf dagegen ein ‚Krieg‘“, in: Der Tagesspiegel, 24.04.2020, www.tagesspiegel.de/politik/die-worte-der-krise-und-wie-sie-wirken-das-virus-ist-eine-plage-der-kampf-dagegen-ein-krieg/25768460.html [letzter Zugriff: 08.11.2021].

² Glossar der Corona-Neologismen des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache unter „Querdenker“, www.owid.de/docs/neo/listen/corona.jsp#querdenker [letzter Zugriff: 08.11.2021].

³ Vgl. www.aerzteblatt.de; datiert vom 04.04.2021; gefunden im Glossar des Leibniz-Instituts.

⁴ Jasper von Altenbockum: „Die Republik leidet unter Massenpsychose“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.02.2021, www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-versagen-deutschland-leidet-unter-massenpsychose-17216264.html [letzter Zugriff: 08.11.2021].

⁵ „Wie umgehen mit Trittbrettfahrern?“, in: Wirtschaftswoche, Nr. 32, 06.08.2021, S. 42 f.

⁶ Ebd., S. 43.

⁷ Birte Förster / Armin Nassehi: „Wie die Freiheit unter die Räder kommt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.09.2021, Seite „Staat und Recht“.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.